Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 3339

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten (7. Ausschuß)

über den Antrag der Fraktion des Zentrums - Nr. 2197 der Drucksachen -

betreffend Zusatzkonvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten

1. Bericht des Abgeordneten Dr. Brill:

Der Antrag war dem Ausschuß für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten ohne Aussprache in der 143. Sitzung am 23. Mai 1951 vom Bundestag überwiesen worden. Der Auswärtige Ausschuß hat ihn in der 54. Sitzung am 6. Juni 1951 behandelt. Nur über einen Punkt dieses Antrages, das **„Recht auf Heimat“**, fand eine ausführliche Aussprache statt, die dann im Unterkomitee des Rechtsausschusses, dem der Antrag überwiesen worden war, fortgesetzt worden ist. Das Plenum des Rechtsausschusses hat jedoch darauf verzichtet, zu diesem Punkte Stellung zu nehmen, weil das Recht auf Heimat als eine rein politische Forderung erscheint, die bis jetzt keine besonderen juristischen Fragen aufwirft. Im einzelnen wurde geltend gemacht, daß das Recht auf Heimat nicht aus einer Fortentwicklung der juristisch leidlich geklärten Institutionen des Rechtes der nationalen Minderheiten (Anlegung eines nationalen Katasters, Regelung der Amts-, Schul- und Gerichtssprache, Überlassung der Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung auch auf der höheren Ebene von Kommunalverbänden an nationale Minderheiten, militärische Minderheitenfragen wie Minderheitenkontingente, Kommandosprache, Militärgerichtsbarkeit usw.) gewonnen werden kann. Das Recht auf die Heimat müsse einfach das Recht des Menschen sein, in seinem Lebenskreise ohne Rücksicht auf den etwaigen Wechsel der Staatsgewalt über das Territorium zu bleiben. Infolgedessen könne das Petitum des Antrages nicht durch eine Konvention alten Stils erfüllt werden. Regierung und deutsche Delegierte der Beratenden Versammlung des Europarates müßten in den Organen des Europarates in diesem Sinne wirken. Da es in Straßburg keine deutsche Delegation gibt, wird eine Neufassung des Antrages mit nachstehendem Wortlaut beantragt.

Bonn, den 30. April 1952

Dr. Brill

2. Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

innerhalb des Europarates auf den Abschluß einer Zusatzkonvention zu der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken, durch die das Recht auf die Heimat die Freizügigkeit und das politische Asylrecht für jedermann und gegenüber allen totalitären Gefahren sichergestellt wird.

Der Bundestag empfiehlt den deutschen Mitgliedern in der Beratenden Versammlung des Europarates, im gleichen Sinne tätig zu werden.

Bonn, den 30. April 1952

Der Ausschuß für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten

Dr. Schmid (Tübingen)	**Dr. Brill**
Vorsitzender	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30, und Wiesbaden, Nietzschestraße 1